

Berufspolitisches Engagement lohnt sich!!

Der Krimi des aktuellen TSVG-Entwurfs

Der am 13.12.2018 in erster Lesung im Bundestag angehörte TSVG-Entwurf ist einer der umfangreichsten Gesetzentwürfe betreffend die ambulante Versorgung gesetzlich Versicherter. In dem Entwurf werden unterschiedlichste Dinge geregelt: Arzneimittelpreisvorgaben, Erhöhung der Zahn-ersatzleistungen, Entlastung von Heilmittelerbringern (z.B. im Bereich Logopädie und Physiotherapie) u.v.m. Etliche Punkte betreffen auch psychotherapeutischen Praxen: Die Mindestsprechstundenzeit soll auf 25 Stunden pro Woche angehoben werden und Leistungen bei über die Terminservicestellen vermittelte Patientinnen und Patienten sollen besser honoriert werden. Auch Regelungen zur Telematik sind enthalten: Mittels eines zukünftigen sicheren Authentifizierungsverfahrens sollen Versicherte selbständig auf die Daten ihrer elektronischen Gesundheitskarte zugreifen können und diese auch auf ihren mobilen Endgeräten (Smartphones, Tablets) nutzen können.

Im Rahmen der Vorlagenänderung vom ursprünglichen Referentenentwurf in den aktuellen Kabinettsentwurf schlich sich - fast unentdeckt - der für den Bereich Psychotherapie folgenreiche Regulationsparagrah ein: Die freie Arztwahl soll hier eingeschränkt werden. Besonders qualifizierte Behandler/Behandlerinnen sollen vorab eine Voruntersuchung/Regulierung durchführen.

Es kam zu massiven Protesten seitens fast aller betroffenen Verbände und Organisationen. Der VPP im BDP e.V. war von Anfang an beteiligt, war Mitverfasser von Stellungnahmen an die Regierung und von Pressemitteilungen. Eine Resolution des Gesamt-BDP's gegen den TSVG-Entwurf wurde an die Bundesregierung versandt (<https://www.bdp-verband.de/suche/aktuelles/2018/11/streichung-des-regulationsparagraphen.html>). Die vom BDP unterstützte Petition gegen den TSVG-Entwurf wurde zu einer der erfolgreichsten Petitionen überhaupt (197 000 Unterzeichner). Der VPP im BDP e.V. war am 13.12.2018 frühmorgens vor dem Bundestag zur Unterstützung der Petitionsübergabe zugegen.

Der VPP im BDP e.V. verfolgte die erste Gesetzeslesung am 13.12.18 (eine Zusammenfassung siehe im Anhang) und wurde vom Gesundheitsministerium eingeladen, an einer Dialogveranstaltung am 18.01.2019 teilzunehmen.

Wir werden natürlich hinfahren, berichten und uns weiterhin mit allen Kräften vor allem gegen den Regulierungsparagrahen einsetzen!

Vorstand VPP im BDP e.V.

Susanne Berwanger (berwanger@vpp.org)